



FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.eu>
<http://www.cducusu.eu>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Brüssel, 17. September 2007

Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

Antwort des Kommissionspräsidenten auf Verheugen-Anfrage wirft sehr grundsätzliche Fragen auf

Als "Ausheblung der Finanzreform nach dem Sturz der Santer-Kommission" bezeichnete die EVP-ED-Koordinatorin im Haushaltskontrollausschuss und ständige Parlamentsberichterstatteerin für die Haushaltsordnung, Inge Gräßle, die Antwort des Kommissionspräsidenten auf ihre Anfrage über mögliche Interessenkonflikte von Kabinettschefs, die enge Beziehungen zu ihren Kommissaren unterhalten. "Der Präsident schreibt in seiner Antwort, dass das PMO (Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche) plötzlich für die Ausgabenprüfung zuständig sein soll und nicht mehr vor allem derjenige, der die Anweisung zuerst veranlasst, also der Kabinettschef. Dabei ist das PMO lediglich diejenige Stelle, die die vom Kabinettschef veranlasste Ausgabe entsprechend erfasst und in den Computer eintippt", nimmt die Abgeordnete erstaunt zur Kenntnis.

"Das ist aber genau der Punkt der Reform 2002: Sie nimmt denjenigen, der die rechtliche Bindung der Mittel veranlasst, stark in die Verantwortung und erlaubt gerade nicht, diese Verantwortung abzuwälzen. Dass der Präsident jetzt das PMO in der Verantwortung sieht, sozusagen als 'Gegengewicht' und 'Gegencheck' ist eine völlig neue Auslegung der Verantwortlichkeiten. Und dass die Ausgaben der Kommissare in dem Antwortschreiben auch noch als 'vorläufig' gelten und damit den schwierigen Bedingungen der EU in Dritte-Welt-Staaten gleich gesetzt werden, macht die Antwort noch fragwürdiger". Dies auf die anderen Dienste der Kommission zu übertragen, bedeutet: Bei den Agrarausgaben beispielsweise ist derjenige, der die rechtliche Mittelbindungen veranlasst, plötzlich nicht mehr voll verantwortlich, sondern derjenige, der diese Mittelbindung in den Computer einträgt und per se gar nicht die Prüfmöglichkeiten und Kenntnisse hat, wie derjenige, der die Ausgabe rechtlich veranlasst. Wenn dem so wäre, wäre es untragbar und gegen alles, was bisher dem Parlament dargelegt wurde und was das Parlament mitgetragen hat".

Für Inge Gräßle sind auch die Ausführungen des Kommissionspräsidenten über mögliche Interessenkonflikte "merkwürdig". Präsident Barroso's Antwort besage, "dass ein Interessenkonflikt erst dann einer ist, wenn die betreffende Person ihn deklariert. Da dies nicht der Fall ist, gibt es keinen." Inge Gräßle ist besorgt über die Regelauslegungen des Kommissionspräsidenten: "Auf diese Interpretation können sich jetzt über dreißigtausend Beschäftigte der Kommission zurückziehen. Damit ist die Flucht aus der Verantwortung und das Abwälzen auf andere prädestiniert". Dies sei äußerst besorgniserregend, so die CDU-Europaabgeordnete abschließend.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Inge Gräßle, MdEP, Tel.: +32 -2 - 2847868

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament
Knut Götz, M.A. / M.E.L.S., Tel.: +32 - 2 - 28 41341 oder +32 - 479 - 972144 (GSM)
Thomas Bickl, M.A. Tel.: +32 - 2 - 28 32002 oder + 32 - 478 - 21 53 72 (GSM)
Lasse Böhm, Tel.: +32 - 2 - 28 40774 oder +32 - 484 - 65 68 97 (GSM)
Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Fax: +32 2 28 49044